Faschismus, Franco und die kleine Freiheit (II)

Zur Situation Spaniens und der spanischen Studentenschaft

„Ich wünsche ganz bescheiden, daß Freiheit herrscht und andere nicht durch Ungerechtigkeit niedergedrückt werden."
(Der spanische Dramatiker Fernando Arrabal nach seiner Verhaftung)

I Spannungszustand

Als im Oktober 1965 in die Fenster spanischer Universitätsgebäude Eisengitter eingelassen wurden, möchte mancher glauben, die Umwandlung der Hochschulen in Polizeifallen würde die renitenten Studenten endgültig zum Schweigen bringen. Statt dessen steuert die studentische Protestbewegung knapp zwei Jahre später auf ihren Höhepunkt zu: Nachdem Anfang Dezember ein eingeschleuster Spitzel der spanischen Sicherheitspolizei den aufgebrachten Reaktionen Madrider Studenten nur noch durch Revolverschüsse zu begegnen wußte, setzte eine ununterbrochene Kette nichtgenehmigter Versammlungen und Demonstrationszüge ein. Die immer noch nicht legalisierte demokratische Studentengewerkschaft SDE organisierte einen so erfolgreichen Vorlesungsstreik, daß am 14. Dezember letzten Jahres die politische und die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät „bis mindestens Januar" geschlossen wurden. Die Exmatrikulation und Einkerkerung zahlreicher Mitglieder der SDE hat die Spannung geradezu unerträglich verschärft; zu einem Zeitpunkt, zu dem die Forderung nach einer demokratischen Universität für die gesamte spanische Studentenschaft selbstverständlich geworden ist, stellt sich immer dringlicher die Frage nach der Möglichkeit einer demokratischen Universität in einer undemokratischen Gesellschaft. Das brutale Vorgehen der spanischen Sicherheitsorgane gegen die Studenten hat diesen die Beantwortung geradezu aufgezwungen: gegen Franco, gegen die Falange, gegen die kleine Freiheit.

II Francos kleine Freiheit

Daß „die Prise frischer Luft", die der Caudillo „nach Spanien hereinließ, zum Sturm wurde" – so die „New York Times" – hat seine Gründe. 1,5 Milliarden US-Wirtschaftshilfe in zehn Jahren und der gewaltige Devisenstrom des Tourismus haben Spanien innerhalb weniger Jahre in das moderne Industriezeitalter eintreten lassen. Der schnelle Aufbau einer umfangreichen Industrie hat tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur hervorgerufen: Die starke Landflucht (200 000 Bauern pro Jahr) ließ die Arbeiterschaft sprunghaft anschwellen und gab der jahrelang völlig abgeschnittenen linken Opposition wieder gesellschaftlichen Rückhalt. Zugleich aber bildete sich eine neue kleinbürgerliche Mittelklasse heraus, die immer mehr zum eigentlichen Humusboden franquistischer Politik wird. Unter diesen Gesichtspunkten wird einsichtig, warum sich die vielbeschworenen „Liberalisierungstendenzen" vorwiegend in einer freieren Wirtschaftspolitik und nicht in einer Änderung des politischen Regierungssystems und der herrschenden Staatsideologie niederschlagen: Das politische Problem des 75jährigen Francisco Franco Bahamonde ist nicht nur, vor seinem Ableben für einen „Francismus ohne Franco" (Le Monde) zu sorgen, sondern auch die traditionelle, herrschende Ideologie den Erfordernissen eines modernen Industriestaates anzupassen.

Die faschistische Ideologie läßt sich in ihrer traditionellen, falangistischen Prägung mit den Bedingungen einer industriellen Umbruchperiode nur schlecht in Einklang bringen. Die spanischen Formen von Politik und Ideologie werden sich in Zukunft mit den Maßstäben des „traditionellen" spanischen Faschismus nicht mehr messen lassen. Daß die Modernisierung des spanischen Faschismus allerorten mit „Liberalisierung" gleichgesetzt wird, verweist auf die Unfähigkeit, den Wandel des Caudillo-Regimes als einen bloßen Wandel der Erscheinungsformen politischer und sozialer Herrschaft zu durchschauen. Die Äußerlichkeit dieser Wandlungen erweist sich nicht zuletzt darin, daß bestimmte Formen offenen, brutalisierten Terrors – wie zum Beispiel gegen die studentische Opposition – immer wieder unverhüllt den „harten Kern" der angewandten politischen Unterdrückungsmethoden sichtbar werden lassen.

Freilich konnte nie davon die Rede sein, daß in Spanien auch nur andeutungsweise rechtsstaatliche Formen des Zusammenlebens eingeführt worden wären. Was auf manchen spanischen Münzen zu lesen ist, trifft genau die Wirklichkeit des spanischen Regierungssystems: Der Caudillo von Gottes Gnaden ist weder dem Volk verantwortlich noch von parlamentarischen Einrichtungen kontrolliert; er begnügt sich mit „Gott und der Geschichte". Wen wundert's, daß Franco Gesetzgebung und Exekutive zugleich praktisch uneingeschränkt in Händen trägt. Das geradezu euphemistisch angekündigte „Organische Gesetz" (Ley Orgánica del Estado) vom November 1966 erweist sich bei näherem Hinsehen tatsächlich als ein Ausbund an Rechts-Staatlichkeit: Die Allzuständigkeit Francos ist einem verwinkelten System direkter und indirekter Einflußnahme gewichen, das spanische Ständeparlament (die „Cortes") ist weiterhin völlig machtlos und seine Besetzung hängt teils von Francos Dekret, teils von der Mitgliedschaft in der falangistischen „Nationalen Bewegung" ab. Zwar konnte Oktober letzten Jahres zum erstenmal seit 1939 wieder gewählt werden – ein Sechstel der Cortes-Mitglieder –, doch sogar die „Time" bezeichnete die Kandidaturbedingungen als „a certain cynicism". Die Wahl wurde dann auch im Nachhinein wegen gewisser „Unregelmäßigkeiten" flugs wieder für ungültig erklärt.

Ein Staat, der sich nach der Präambel seines noch heute geltenden Arbeitsgrundgesetzes von 1947 als ein „totalitäres Werkzeug im Dienst der Integrität des Vaterlandes" definiert, kann sich weder eine unabhängige Justiz, eine rechtsstaatlich kontrollierte Polizei, freie Parteien und Gewerkschaften noch unantastbare Grundrechte leisten. Nach einem Bericht der Genfer Internationalen Juristenkommission ist es der Regierung bislang immer gelungen, in der Spitze der Justizverwaltung ihre gesinnungstreuen Männer zu plazieren. Daß Präsident wie Staatsanwalt des Obersten Gerichts von der Regierung bestimmt werden, will sowieso unnötig erscheinen: beginnt der Schwur, den jeder leisten muß, der ein Justizamt übernehmen will, doch mit den Worten: „Ich schwöre bei Gott und den heiligen Evangelien, daß ich den Anordnungen des Caudillo von Spanien bedingungslos gehorchen will. . ."

Nach Artikel 35 des am 26. Juli 1947 proklamierten Grundgesetzes kann Franco – wie die Genfer Untersuchung schreibt – „die Grundrechte immer dann außer Kraft setzen, wenn er es für zweckmäßig hält" – die Ausübung gewisser Grundrechte könnte ja gegen die „geistige, nationale und soziale Geschlossenheit Spaniens" (Art. 33) verstoßen! Vereine, die „nach Meinung des Staates. . . den Grundprinzipien des Movimiento" widersprechen oder „eine Gefahr für die politische und gesellschaftliche Einheit darstellen" (so das neue [!] Vereinsgesetz vom 24. 12. 1964), sind unerlaubt. Wer an einem politischen Streik teilnimmt – und welcher Streik politisch ist, bestimmt natürlich Franco – kann mit dem Tode bestraft werden. Das in dreijähriger Arbeit erstellte Pressegesetz vom April 1966 schafft zwar die Vorzensur ab – Informationsminister Manuel Fraga Iribarne meinte: „Ein neues Kapitel in der Geschichte Spaniens" –, belegt aber Verstöße gegen „Wahrheit und Moral", die „Öffentliche Ordnung" und den „nötigen Respekt vor Personen und Institutionen" mit Berufs- oder Zeitungsverbot zwischen 15 Tagen und 6 Monaten oder Geldstrafen bis zu 67 000 DM; nachdem gegen fast 100 übermütige Journalisten Verfahren eingeleitet werden mußten, wurde nun auf dem Umweg über das neue politische Strafrecht die Höchststrafe auf sechs Jahre Gefängnis festgesetzt.

III Bruderschaft

Diese „Verlangsamung" im „Tempo der innenpolitischen Liberalisierung" ist nicht nur dem klugen Kopf der FAZ „unerwartet" gekommen. Die geradezu grotesken Bemühungen der Bundesregierung, die Franco-Diktatur hoffähig zu machen, müssen so auch unbedarften Christdemokraten allmählich als grandioses Polit-Happening erscheinen. Seit Jahren setzt die Bundesregierung mit unerwartetem Einfallsreichtum politische, wirtschaftliche und publizistische Mittel ein, um Spaniens Aufnahme in die EWG zu erzwingen: Schröder bei seinem Spanienbesuch 1966; der ehemalige Bundeswissenschafts- und der Bundeswirtschaftminister im Herbst 1966; Erhard im Oktober 1966 beim Besuch des spanischen Außenministers; Altbundeskanzler Adenauer bei seinem Besuch seines „Freundes" Franco; das Bundesaußenministerium im April 1967. Eine Kette

„freundschaftlicher Einladungen": („Spanische Gäste bei der SPD", „Auf Einladung von Bundespostminister Dollinger wird der spanische Innenminister Vega zu einem einwöchigen Besuch in Bonn erwartet", „Spaniens Landwirtschaftsminister Morena nach Bonn eingeladen"), Initiativen mit ganz persönlicher Note (Lübke führte den Brauch ein, Franco alljährlich zum Jahrestag des faschistischen Aufstands 1936 herzlich zu gratulieren) und schließlich offener Verherrlichung (Strauß im November 1967 in Madrid: „Seit langem vereint unsere beiden Völker nicht nur das materielle Interesse am wirtschaftlichen und kommerziellen Austausch zu Nutzen beider, sondern auch eine oft erprobte Freundschaft, die sich viele Male zeigte" und: Es „ist kein Zufall, daß unsere beiden Völker... solche Positionen eingenommen haben und solche Funktionen ausüben, die die Formierung einer europäischen Gemeinschaft fördern. Die Bundesrepublik Deutschland darf als ein Bollwerk gegen das aus dem Osten herandrängende Gedankengut angesehen werden... Spanien ist ein Bollwerk im Becken des Mittelmeeres") – dies alles freilich wird durch eine solche „Verlangsamung der innenpolitischen Liberalisierung" etwas entwertet. Die „materiellen Interessen" machen die Furcht vor allzu offenen Terrormaßnahmen noch verständlicher: In Spanien produzieren und verkaufen heute schließlich knapp hundert deutsche Gesellschaften, und elf Banken kontrollieren überdies spanische Geldinstitute. Die 345 Millionen Mark, die deutsche Unternehmer in letzter Zeit in spanische Gefilde investierten, zahlen sich sehr gut aus: In Spaniens Fabriken wird wöchentlich 48 Stunden gearbeitet, und die Löhne sind halb so hoch wie in Deutschland. Die „oft erprobte" Freundschaft ist lebendig wie eh und je.

IV Veränderung

Unmittelbar nach dem Spanischen Bürgerkrieg setzte sich die Opposition gegen das siegreiche Regime fast ausschließlich aus politischen Organisationen der Linken zusammen: die Spanische Sozialistische Arbeiter-Partei (PSOE), die anarchosyndikalistische Gewerkschaft, die CNT und mehrere republikanische und marxistische Gruppen, darunter die damals völlig machtlose KP. Die rechten Gruppierungen wurden entweder von der „Nationalen Bewegung" aufgesogen oder verloren ihre Unabhängigkeit gegenüber der „Staatstragenden" Einheitspartei „Falange Española Tradicionalista y de las Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista" (FETyJONS). Franco gelang es, außer den Kommunisten die gesamte Opposition bis nach dem 2. Weltkrieg auszulöschen.

Nach 1945 entwickelten sich nur sehr zaghafte Ansätze zur Opposition. Auf der Rechten kam es in der „Nationalen Bewegung" zur Flügelbildung zwischen Faschisten und Technokraten, auf der linken waren die politischen Gruppierungen weiterhin ohne die exilierten Führer und daher häufig in politische Apathie versunken. Spontane Protestbewegungen der Arbeiterschaft – so in den 50er Jahren und 1962, als eine viertel Million asturischer Bergarbeiter streikte – brachen mangels Organisation immer wieder in sich zusammen. Erst in den letzten Jahren bildete sich eine neue, uneinheitliche und politisch durchaus vielfältige Opposition heraus, die gegenwärtig bereits einen „Reifegrad" erreicht hat, der das Caudillo-Regime unmittelbar gefährdet: die Aktionseinheit von Studenten, niederem Klerus und Arbeiterschaft.

Daß die Reaktionen der spanischen Obrigkeit durch politische Hilflosigkeit und offene, terroristische Panik zugleich gekennzeichnet ist, erklärt sich aus der Einzigartigkeit dieser Opposition: Sie ist nicht in den alten Oppositionsparteien organisiert – nur noch die KP hat wachsenden Einfluß –, sie stellt politische und ideologische Zwistigkeiten hinter das Ziel der politischen und sozialen Reform zurück, sie arbeitet geradezu beängstigend gut zusammen: Denn wo immer Studenten mit dem Ruf nach freien Gewerkschaften auf die Straße gehen, demonstrierten die Arbeiter und der Klerus mit, wo immer Arbeiter demonstrierten, veranstalteten Studenten Sympathiestreiks.

- Als sich am 30. Januar 1967 Studenten aller spanischen Universitäten in Valencia zur Gründung einer freien Studentengewerkschaft versammelten und die Polizei die gesamte Versammlung festsetzte, traten 55 000 Arbeiter in Streik und forderten deren Freilassung.
- Als am 1. Februar 17 000 Arbeiter in Asturien die Gruben bestreikten, traten die Studenten von neun spanischen Universitäten in den Vorlesungsstreik.
- Als am 6. Februar in Valencia zum Studenten-Generalstreik aufgerufen wurde, legten gleichzeitig 2300 Eisenbahner die Arbeit nieder.
- Als am 9. März die Studenten von Barcelona die SDE gründeten und anschließend aus dem Kloster von Siérra herausgeprügelt und verhaftet wurden, zogen zahlreiche Geistliche zum Madrider Polizeihauptquartier in der Via Layetana und demonstrierten für deren Freilassung. Die „grises" prügelten die Kuttenträger promt zusammen.
- Als die illegalen „Comisiones Obreras" – demokratische, gegen die staatlichen Arbeitersyndikate gerichtete Betriebsgewerkschaften – am 29. Oktober eine große Demonstration veranstalteten, wurden über 100 Arbeiter, Studenten und katholische Priester festgenommen.

V Rebellion der Basis

Die vom Falange-Linksaußen und Chefredakteur des Sydikatsorgans „Pueblo", Romero, beschworene „Rebellion der Basis" ist dabei, zumindest in einem Bereich an die Grenzen ihrer Macht zu stoßen: in der Universität. Die spanische Studentenschaft macht ganze 0,3 Prozent der Gesamtbevölkerung aus und setzt sich zudem immer noch zu 99 Prozent aus Angehörigen der „staatstragenden Schichten" zusammen. Bacons Erkenntnis „knowledge is power" wird im spanischen Faschismus ernst genommen: In der bewußten kollektiven Verdummung nach dem Prinzip „der beste Staatsbürger ist der unwissende" unterscheidet sich der Falangismus schon jeher vom Faschismus Hitlers oder Mussolinis, die beide konkrete Feindbilder konstruierten. Nur ganze 5 Prozent eines Jugendjahrgangs schließen in Spanien ihre Schulzeit mit einer mittleren Schulbildung ab, und mit seinen öffentlichen Aufwendungen für Erziehungszwecke liegt Spanien unter allen europäischen Ländern an letzter Stelle – das Franco-Regime ist sich über die Bedeutung geistigen Analphabetentums für den eigenen Fortbestand durchaus bewußt; auch heute noch besteht die Volksschulbildung vornehmlich darin, den Arbeiter- und Bauernkindern beizubringen, daß die Falange eine politische Bewegung sei, die von José Antonio mit der Absicht, die Welt zu retten, gegründet worden sei. Gleichwohl verlangt die Modernisierung des Falangismus die Ausbildung breiterer Bevölkerungsschichten, wodurch sich – unfreiwillig – die „Basis der Rebellion" erweitern wird. Ohne diese Erweiterung der Basis aber wird die spanische Oppositionsbewegung eines Tages in sich zusammenfallen; entscheidend wird sein, ob die studentische Opposition als ihr bewußtester Teil weiterhin die Ideologie der „Liberalisierung" durchschauen wird: als Anpassung des Falangismus an Strukturveränderungen des spanischen Kapitalismus. Ohne dieses kritische Verständnis der spanischen Wirklichkeit kann die studentische Opposition trotz aller Zusammenarbeit mit außeruniversitären Gruppen nicht leisten, was ein wissenschaftlicher Assistent an der Universität Madrid als ihre „unmittelbare Aufgabe" formulierte: „Den Sturz der gegenwärtigen Diktatur und die Schaffung von sozialen Strukturen, die Freiheit und die völlige Entwicklung für alle ermöglichen."

r. rilling